

Urabstimmung der SP zur 10. AHV-Revision

Unterstützung der SGB-Initiative

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) hat sich am Samstag in Bern für eine Urabstimmung zur 10. AHV-Revision ausgesprochen. Ferner will die SP die AHV-Initiative der Gewerkschaften unterstützen. Zur Initiative des Kaufmännischen Verbandes soll erst zu einem späteren Zeitpunkt Stellung genommen werden. Die SP fordert ferner noch vor den Wahlen 95 eine Abstimmung zur Europapolitik.

cs. Bern, 19. November

Die Urabstimmung zur 10. AHV-Revision ist seit 1921 die erste Urabstimmung, die die SPS durchführt. Der Parteivorstand wies in seiner Sitzung vom Samstag zunächst einen Rückkommensantrag der SP der *Sektion Jura* auf den Anfang Oktober gefällten Entscheid, das Referendum gegen die 10. AHV-Revision nicht zu ergreifen, deutlich zurück. In der längeren Diskussion über die Urabstimmung zur Parolenfassung zur 10. AHV-Revision sodann war man sich vor allem uneinig, ob es sich dabei um eine Frage von grundlegender Bedeutung oder nur um eine Frage des taktischen Vorgehens handle.

Grundsatzfrage ja oder nein?

Während *Rudolf Strahm* von einer Urabstimmung unter den rund 40 000 SP-Mitgliedern ein grundlegendes Bekenntnis zur AHV erwartete, sah *Peter Vollmer* im Entscheid über ein Ja oder ein Nein zur 10. AHV-Revision lediglich eine taktische Einschätzungsfrage. Er empfahl deshalb, auf eine Urabstimmung zu verzichten, denn das Befinden über das taktische Vorgehen sei Sache des Vorstandes. Die Gegner einer Urabstimmung fürchteten ausserdem, eine Urabstimmung könnte die Zerstrittenheit der Partei noch eindrücklicher vor Augen führen. Andere sahen wiederum in der eingehenden und offenen Diskussion an der Basis eine Chance. Die Geschäftsleitung ihrerseits setzte sich für eine Urabstimmung ein. SP-Präsident *Peter Bodenmann* unterstrich, dass es dabei nicht nur um Taktik gehe, sondern auch viele Emotionen geweckt würden. Ein Entscheid der Mitglieder sei zudem von anderer Qualität als ein blosser Vorstandsbeschluss. Dieser werde dann voraussichtlich auch besser mitgetragen.

Ferner entschied der Vorstand, die Initiative von SGB und CNG aktiv zu unterstützen. Mit ihrer Initiative wollen die Gewerkschaften nach einem erfolgreichen Referendum zur 10. AHV-Revision deren Neuerungen (Splitting, Betreuungsbonus usw.) ohne die Erhöhung des Frauen-

rentenalters durchsetzen. Nationalrätin *Ursula Hafner* unterstrich im Namen der SP-Geschäftsleitung, dass die Initiative sowohl bei einem Nein als auch bei einem Ja zur AHV-Revision sinnvoll sei. Zur Initiative des Kaufmännischen Verbandes will die SP indes erst später Stellung nehmen. Sie beziehe sich mit ihrer Forderung nach einer Ruhestandsrente im Gegensatz zur SGB-Initiative im Grunde erst auf die 11. AHV-Revision. Ausserdem konkurrenzieren sie die bereits vorliegende Initiative von SPS und Gewerkschaften, welche voraussichtlich im nächsten Juni zur Abstimmung gelangen wird. Einzelne Vorstandsmitglieder plädierten allerdings dafür, auch die KV-Initiative bereits heute zu unterstützen, um namentlich Solidarität mit den Angestellten zu demonstrieren.

Zusammenführen von SPS und Gewerkschaften

Mit der Unterstützung der Initiative der Gewerkschaften gelingt es der SPS, Gewerkschaften und Partei in der AHV-Frage wieder zusammenzuführen. Dies war nicht zuletzt auch *Ursula Hafner* ein Anliegen. Die gemeinsame Bündnispolitik betonte ebenso SGB-Co-Präsident *Vasco Pedrina*. Der SGB lege grossen Wert auf gute Beziehungen. In sozialpolitisch rauheren Zeiten mahnte er zu einem gemeinsamen Auftreten. Das Nein der SP zum Referendum bezeichnete er als Betriebsunfall. Eine Unterstützung der Initiative der Grünen übrigen schloss man von vorneherein aus.

Ferner verabschiedete der SPS-Vorstand eine Resolution zur Europapolitik, worin er noch vor den Wahlen 1995 einen Volksentscheid zur EU-Politik fordert. Das Volk müsse entscheiden können, ob Bundesrat und Parlament eine EU-Beitrittsvorlage erarbeiten, welche mit eurokompatiblen flankierenden Massnahmen den demokratischen, ökologischen und sozialen Bedenken Rechnung trage. Für *Bodenmann* wird 1995 so oder so über Europa abgestimmt, entweder in einer separaten Abstimmung oder in den Wahlen selbst, denn die Auns werde diese Frage zum Wahlthema machen.